

p.B.25.60.12.-RS/fy

Bern, den 27. November 1980

V E R T R A U L I C H

=====

27. Nov. 80 18

G e s p r ä c h s n o t i z

Höflichkeitsbesuch des Vertreters der PLO in Genf, Daoud Barakat, bei Staatssekretär Probst, 21. November 1980

1. Begleitet und eingeführt vom Missionschef der Arabischen Liga in Genf, Botschafter Al Fallouji (F), stattete der Leiter des PLO-Büros in Genf, D. Barakat (B), Staatssekretär Probst (P) am 21.11.80 in dessen Büro einen Höflichkeitsbesuch ab. Anwesend war auch Herr Rüegg (R) von der Politischen Abteilung II.

Das Zusammentreffen fand auf Wunsch der Gäste statt. Es handelte sich um eine erste Kontaktnahme B's mit dem neuen Staatssekretär. Das letzte Mal hatte B im vergangenen April in Bern beim damaligen Staatssekretär Weitnauer vorgesprochen. Als Novum sei festgehalten, dass sich B diesmal - geschickter- und auch gerechtfertigterweise - nicht selbst vorstellte, sondern vom Vertreter der Arabischen Liga in Genf vorstellen liess.

Das Gespräch war direkt, offen und spannungsfrei. Der Charakter des Besuchs - eine Höflichkeitsvisite - liess es nicht zu, dass konkrete Fragen, vor allem des Verhältnisses der Schweiz zur PLO, im Einzelnen durchdiskutiert wurden. Trotzdem konnten

. / ..

- 2 -

die meisten der während der letzten Monate und Jahre aufgetauchten Traktanden gestreift werden, so dass ein eigentlicher, geraffter tour d'horizon zustandekam. Staatssekretär Probst führte das Gespräch, B war sein hauptsächlicher Partner, F intervenierte ab und zu, wenn ihm eine besondere Bemerkung geeignet erschien.

2. Nach einer kurzen und herzlichen Begrüssung zwischen P und F unterstrich B seine persönliche Genugtuung über dieses Zusammenreffen. Der PLO hat immer an einem guten Kontakt mit der Schweiz gelegen. Dies vornehmlich aus drei Gründen : der schweizerischen Neutralität, der humanitären Tradition und Institutionen der Schweiz (IKRK) und der Tatsache, dass die Schweiz Gaststaat für den zweiten UNO-Sitz ist.
3. Auf die Wunschliste der PLO der Schweiz gegenüber angesprochen, erwähnte B als erstes und wichtigstes Desideratum die politische Anerkennung der PLO durch die Schweiz. B grenzte dabei deutlich ab zwischen einer de iure-Anerkennung, die zugestandenermassen nicht erfolgen kann, solange Palästina kein Staat ist, und einer von der PLO angestrebten de facto-Anerkennung als einziger legitimer Vertreter des Palästinenser-Volkes. Die PLO habe nie auf eine juristische Anerkennung gedrängt. Was sie jedoch wünsche, sei eine politische Haltung der PLO gegenüber, die zum Ausdruck bringe, dass die Schweiz der PLO die Legitimation zuerkenne, als einziger und vollwertiger Vertreter eines Volkes aufzutreten, das seinen Weg zu einer neuen politischen und völkerrechtlichen Identität suche.

Nach dieser Formel scheint der PLO also eher an konkludenten Handlungen zu liegen als an verbalen Erklärungen. Von P gefragt, ob er sich wegen des Mangels an politischer Anerkennung in seiner Aktivität als Vertreter der PLO in Genf begrenzt fühle, verneinte dies B.

. / ..

- 3 -

4. An zweiter Stelle kam B auf das altbekannte Thema des Besuches Kaddoumis in Bern zu sprechen. B wollte hier nicht mehr in Details gehen, da alle Elemente bereits bekannt und mehrmals besprochen worden sind. Er erwähnte immerhin, dass die PLO hoffe, für den seinerzeitige Rückzieher Kaddoumis - als dieser Ende 1978 im letzten Augenblick seinen Besuch in Bern absagte - nicht damit "gestraft" zu werden, dass man das geplante Zusammentreffen ad calendas graecas aufschiebe. Im übrigen - so unterstrich B - bringe eine Vorsprache Kaddoumis beim Vorsteher des EDA nicht nur der PLO Vorteile im Sinne einer gewissen politischen Aufwertung, sondern auch der Schweiz selbst und zwar in den Augen der ganzen arabischen Welt.
5. Als nächstes Thema schnitt B die Frage humanitärer Hilfe und kultureller Zusammenarbeit an. Die Palästinenser und die PLO seien sich der bedeutenden Hilfe bewusst, die die Schweiz über die UNRWA leiste. Palästina wünsche jedoch mehr als das, auf andern Gebieten und über andere Kanäle. Die anschliessenden Anregungen B's wiesen vor allem auf eine vermehrte bilaterale Zusammenarbeit hin. Dabei steht das auch schon erwähnte Stipendienwesen an vorderster Stelle. Von R auf schon bestehende Stipendien angesprochen, betonte B, dass kirchliche Institutionen in Fribourg einzelne Palästinenser aufgenommen hätten. Er glaubt, dass der Bund mit eben diesen kirchlichen Werken zusammenarbeiten könnte, um einer gewissen Zahl weiterer Studenten einen Studienaufenthalt in der Schweiz zu ermöglichen. B versprach, genauere Angaben zu liefern über die erwähnten privaten Hilfswerke und ihre Zusammenarbeit mit Palästinensern. Im übrigen könne auch ein Studentenaustausch geplant werden zwischen einer oder mehreren Schweizer Hochschulen und der angeblich besten Palästinenser Universität in Birzit (Westbank). Letztere habe sich bereit erklärt, Schweizer Studenten aufzunehmen.

. / ..

Schliesslich erwähnte B in diesem Zusammenhang einen UNO-Workshop kultureller Art : im Januar 1981 finde in Genf unter der Aegide der UNO ein Expertentreffen statt, an dem Wissenschaftler die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Palästinenser erörtern wollen. Die Teilnahme eines oder mehrerer schweizerischer Experten sei erwünscht.

6. Auf das Problem des Liegenschaftserwerbs in Genf durch das dortige PLO-Büro eingehend erklärte B, von der bisherigen Haltung der schweizerischen Behörden enttäuscht zu sein. Man wisse auf palästinensischer Seite sehr wohl, dass es hier nicht so sehr um eine juristische, als vielmehr eine politische Frage gehe. Daher wirkten auch die früheren Stellungnahmen Berns in dieser Sache unbefriedigend, weil ausschliesslich juristisch begründet. Die Anwälte des PLO-Büros in Genf (Natural) seien überzeugt, dass es möglich ist, die palästinensischen Ansprüche zu befriedigen, ohne die Lex Furgler zu verletzen und ohne eine indirekte de iure-Anerkennung der PLO zu implizieren. Es hätten in dieser Sache Kontakte stattgefunden mit dem Bundesgericht in Lausanne. Die angesprochenen Personen in Lausanne hätten durchblicken lassen, dass bei einem Weiterzug dieses Falles vor die oberste Instanz dieselbe der PLO wahrscheinlich recht geben würde. B schloss nicht aus, dass eine formelle Begrüssung des Bundesgerichts in Betracht gezogen würde, falls die eidg. Verwaltung das vorliegende Gesuch nicht positiv beantworten könnte. Es wäre jedoch auch in den Augen B's bedauerlich, wenn es dazu kommen müsste. B hoffe immer noch auf ein "Einlenken" der zuständigen Dienste in Bern. Der Kanton Genf werde in absehbarer Zeit erneut an die Bundesbehörden zur Stellungnahme gelangen.

- 5 -

P sagte seinem Gesprächspartner - ohne materiell etwas zu versprechen - eine nochmalige Prüfung dieser Frage durch die Dienste des EDA zu. R wurde beauftragt, sich der Sache anzunehmen.

7. Was die Privilegien und Immunitäten des PLO-Büros in Genf anbelangt, so verzichtete B auf eine detaillierte Erörterung seiner Anliegen. Dieselben gehörten nicht zu den ersten Prioritäten in der Wunschliste der PLO, seien jedoch nach wie vor aktuell. Ziel bleibe die allmähliche Gleichstellung des PLO-Büros mit den Vertretungen anderer Organisationen (Arabische Liga, etc.), die vollen diplomatischen Status geniessen.
8. Zum Schluss unterstrich B noch einen Punkt, der im Gegensatz zu obigen Desiderata stets zur vollen Befriedigung der PLO gelöst worden sei : die Behandlung der Visumgesuche durch die schweiz. Behörden. Auf diesem Gebiet seien nie Schwierigkeiten aufgetaucht, was von den palästinensischen Stellen auch mit Anerkennung vermerkt werde.
9. Neben diesen "bilateralen" Themen, die das Verhältnis der Schweiz zur PLO und zum PLO-Büro ganz direkt betreffen, wurden auch gewisse Probleme allgemeineren Interesses aufgegriffen. So kamen B wie auch F spontan auf den Fall Jaroudi zu sprechen. Nachdem Jaroudi unterdessen an Frankreich ausgeliefert worden ist, entbehrt diese Frage der Aktualität. B hatte auf die lange Inhaftierung hingewiesen und daher angegeben, dass nach seiner Ansicht Frankreich an all den erlittenen Verzögerungen nicht ganz unschuldig sei. Immerhin habe die PLO Vertrauen in die französische Justiz. P erkundigte sich bei B, was mit Jaroudi geschehe im Falle einer Rückkehr nach Beirut. B verneinte die Gefahr einer Willkürjustiz seitens "offizieller"

. / ..

palästinensischer Kreise. Die PLO würde Jaroudi einvernehmen, ihn aber dann der staatlichen libanesischen Justiz überantworten. Insofern allerdings heute in Libanon das Leben eines jeden Menschen gefährdet sei, müsse auch Jaroudi mit diesem Risiko rechnen. B und F konnte in Aussicht gestellt werden, dass schweizerischerseits Hoffnung bestehe, den Fall in den nächsten Tagen abzuschliessen.

10. Auch die Frage des armenischen Terrorismus wurde berührt. B machte von sich aus und im Namen der PLO das Angebot, dass palästinensische Kräfte schweizerische Institutionen und schweizerisches Gut in Libanon schützen, ähnlich wie dies während des Bürgerkrieges 1976 der Fall gewesen sei. Er unterstrich ferner das Gewicht der armenischen Kolonie im Libanon. Es würde sich lohnen, wenn unsere Botschaft in Beirut die Beziehungen mit dieser Kolonie verstärkt pflegen könnte, auch wenn sich natürlich extremistische Splittergruppen den Einflüssen der etablierten Armenier entzögen. B gab zu, dass gewisse Querverbindungen und eine begrenzte Zusammenarbeit zwischen palästinensischen und armenischen Kreisen existierten, jedoch ausschliesslich mit Zielrichtung Türkei. Die PLO identifiziere sich nicht mit der gegen die Schweiz gerichteten Terror-Welle.
11. Der iranisch-irakische Krieg war ebenfalls Gegenstand eines kurzen Meinungs-austausches. Zu den Ursachen des Krieges konnten (oder wollten) sich weder B noch F näher äussern. Sie waren sich jedoch einig in der Feststellung, dass diese Auseinandersetzung viele irrationale Elemente enthalte. Die Rolle der PLO als Vermittlerin im Konflikt wurde von B als wichtig eingeschätzt, im Gegensatz zu den Versuchen der Blockfreien, insbesondere Kubas, denen B wenig Erfolgchancen zumass.

- 7 -

12. Die amerikanischen Wahlen kommentierte B kurz mit dem Hinweis, dass die PLO vom Ergebnis überrascht worden sei. Immerhin sei das Resultat nicht unbedingt negativ zu werten. Insofern eine stärkere Persönlichkeit und eine stärkere Administration in Washington die Verantwortung übernähmen, könne mit positiven Wirkungen auch im internationalen Bereich gerechnet werden.
13. Am Ende des tour d'horizon kam F noch auf einen Punkt zu sprechen, der ihm als Vertreter der Arabischen Liga besonders am Herzen lag, der Besuch des Bürgermeisters von Naplouse in Genf. Unter Hinweis auf die Gesten Frankreichs und Englands regte F eine ähnliche Demarche der Schweiz an, mit der die Sympathie unseres Landes symbolisch ausgedrückt werde. P konnte ihm erwidern, dass unsere Mission in Genf bereits die nötigen Instruktionen erhalten habe, um auch unsererseits eine - im adäquaten Rahmen bleibende - Geste zu machen.
14. Das von Staatssekretär Probst souverän geleitete Gespräch dauerte ca. 1 1/2 Stunden. Die arabischen Gäste erklärten sich befriedigt und bedankten sich für das ihnen und ihren Anliegen bekundete Interesse.

POLITISCHE ABTEILUNG II
i.A.



(Rüegg)

Kopie an :

S 27. Nov. 80 18

- Schweiz. Botschaften in Beirut, Damaskus, Tel Aviv, Bagdad, Amman, Djeddah, Kairo, Tunis, Algier, Rabat, Tripolis, Kuwait
- Schweiz. Botschaft, Washington
- Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- Ständige Beobachermmission der Schweiz bei den Vereinten Nationen, New York
- PRO (2 Exemplare)
- Sekretariat CFA
- HTR
- RR
- BRE
- PO
- DZ
- UL
- RS (2 Exemplare)
- STH